

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

vor ein paar Tagen erzählten mir Duisburger Bürger, dass sie dieses Jahr nicht den Weihnachtsmarkt in der Innenstadt besuchen wollen wegen der Terrorwarnungen, von denen man jetzt überall hört. Im ersten Moment konnte ich das gut nachvollziehen. Auch ich hatte erst einmal ein mulmiges Gefühl, als das Gerücht vom geplanten Al Qaida -Anschlag auf den Bundestag die Runde machte. Die Sicherheitsvorkehrungen Reichstag haben das Gefühl noch bestärkt. Seit zwei Wochen sieht man hier überall schwer bewaffnete Sicherheitskräfte, die Kuppel ist gesperrt, das Volk ohne Zugang zu seiner Vertretung. Nicht Bundestagsder mal Fahrdienst durfte bis zum Reichstag vorfahren. Ich weiß gar nicht mehr, wie oft ich meinen Hausausweis vorzeigen musste. In diesen Tagen spüre ich, was schon irgendwie klar war: die Terroristen haben ihr Ziel erreicht, wenn sie Schrecken verbreiten können. Auch ohne Anschlag, nur durch Angst und Angst ist nie ein guter Ratgeber.

Rund um den Reichstag Sicherheitsstufe 1, im Plenarsaal peitschen Union und FDP ihren Haushalt durchs Parlament. Ich habe es schon mehrfach gesagt, aber ich muss es wiederholen: Diese schwarz-gelbe Bundesregierung kürzt bei denen, die sich nicht wehren können.

Die Auswirkungen der Einschnitte bei den Eingliederungsleistungen können wir in Duisburg gerade sehen. Die ARGE Duisburg streicht zum Beispiel die GWA-Stellen kräftig zusammen. Das zeigt, wie sehr unsere Stadt unter dem sozialen Kahlschlag von Schwarz-Gelb leiden wird. Die soziale Schieflage wird zunehmen, wenn beispielsweise die Begleitung bei der DVG wegfällt oder Projekten wie die DuisBürger gestrichen werden. Deshalb habe ich beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales nachgefragt, ob sich das Ministerium seine Hilfen für Langzeitarbeitslose wirklich so vorgestellt hat.

Ich habe zumindest für die Kürzungen im Gesundheitsbereich des Haushaltes im Plenarsaal meine Meinung deutlich gesagt. In meiner 5. Plenarrede am 23. November habe ich kritisiert, dass die Bundesregierung im Bereich Prävention kürzt. Diese Kürzungen sind wie der gesamte Haushalt: unsozial und auch unvernünftig. Wer heute bei Zukunftsausgaben wie Prävention kürzt, muss die Kosten morgen doppelt und dreifach bezahlen. Das Video zur Rede finden Sie hier.

Auf der anderen Seite gibt es Grund zur Hoffnung in Hamburg. Schwarz-Grün ist gescheitert, am 20. Februar gibt es Neuwahlen. Die Chancen stehen nicht schlecht, dass Olaf Scholz und unsere SPD bei den Wahlen im Februar mit einem rot-grünen Bündnis in der Hansestadt regieren werden. Gut so!

Ich werde mich von Terrorwarnungen sicher nicht einschüchtern lassen und in jedem Fall auf den Duisburger Weihnachtsmarkt gehen. Ihnen wünsche ich eine schöne Adventszeit.

Herzliche Grüße

BUB

Bärbel Bas





Stichwort: Welt-Aids-Tag

Am 1. Dezember war der 22. Welt-Aids-Tag und die rote Schleife wieder überall sichtbar. Durch das Tragen der roten Schleife erinnern wir an alle HIV-infizierten und an Aids erkrankten und gestorbenen Menschen.

Im Deutschen Bundestag arbeite ich nicht nur im Gesundheitsausschuss, sondern bin im Auftrag des Bundestages Mitglied im Kuratorium der Stiftung Humanitäre Hilfe für durch Blutprodukte HIV-infizierte Personen. Die Stiftung wurde 1995 durch ein Gesetz des Bundestages gegründet und unterstützt HIV-infizierte, die durch verseuchte Blutprodukte angesteckt wurden.

Seit dem wurden rund 1.700 Infizierte und Angehörige finanziell unterstützt. Die dafür nötigen Gelder wurden von Pharmazeutischen Unternehmen, dem Deutschen Roten Kreuz sowie dem Bund und den Ländern zur Verfügung gestellt. Bisher wurden insgesamt 206 Millionen Euro an Unterstützungen ausgezahlt. War die Stiftung ursprünglich als Soforthilfe für die Betroffenen gedacht, hat sich deren Lebenserwartung durch die Erfolge antiretroviraler Therapien deutlich verbessert. Für die noch lebenden Betroffenen stellen die Zahlungen heute eine Hilfe zum Lebensunterhalt dar. Die Betroffenen Hämophile sind meist (Bluter), die Zeit ihres Lebens auf Blutprodukte angewiesen



copyright: BZgA

sind. Durch HIV-verseuchte Blutprodukte wurden auch die Empfänger von Bluttransfusionen infiziert, die ohne es zu wissen häufig den Virus an ihre Partner weiter gegeben haben. Erst 2010 haben sich die Stifter erneut zu ihrer Verantwortung bekannt und Geld nachgestiftet, um die Arbeit der Stiftung fortsetzen zu können.

Viele Studien und die tägliche Erfahrung in der Beratung zeigen: Gerade jüngere Menschen nehmen HIV und Aids als "nicht so gefährlich" wahr oder glauben, es betreffe sie nicht. Das stellt die Erfolge in Deutschland bei der Stabilisierung der Infektionsraten und der Behandlung infrage und fördert die Entsolidarisierung mit den Betroffenen.

Die SPD kann die von der Bundesregierung angekündigten Haushaltskürzungen bei der Aufklärung über HIV/Aids – auch bei unseren osteuropäischen Nachbarn –

nicht nachvollziehen. Der deutsche Weg der Aids-Prävention war in den vergangenen Jahren erfolgreich. Anders in Osteuropa: Die dortigen Infektionsraten sprechen für sich. Geschätzte 440.000 Menschen sind dort mit HIV infiziert. Jedes Jahr werden es 10% mehr.

Allein aus humanitären Aspekten lässt sich jede Unterstützung rechtfertigen. In den vergangenen Jahren wurde mit deutscher Hilfe eine Aufklärungskampagne gestartet. Diese ersten Erfolge sind bedroht, wenn die Unterstützung von heute auf morgen eingefroren wird. Wir müssen unseren Nachbarn weiter helfen. Die HIV-Epidemie macht nicht vor Grenzen halt.

Auch in Deutschland müssen HIV und Aids weiter ein Teil der öffentlichen Debatte sein. Die SPD wird sich dabei für ein Präventionskonzept einsetzen, das die Auswirkungen für das Gesundheitssystem berücksichtigt und die Förderung zur individuellen HIV/Aids-Beratung junger Menschen sicherstellt.

Der Ausbau von Selbsthilfe und Aids-Hilfen ist ein wichtiger Bestandteil der präventiven Strategie. Die von CDU/CSU und FDP auf verschiedenen Länderebenen angekündigten Kürzungen von Fördergeldern lehnen wir Sozialdemokraten ab. Für eine wirksame Prävention brauchen wir eine starke Selbsthilfe.



Neues aus Duisburg

SPD

Wanderausstellung des Bundestages kommt nach Rheinhausen

Die Wanderausstellung des Deutschen Bundestages gastiert auf meine Einladung hin in der Woche vom 6. bis 11. Dezember in der Bezirksbibliothek Rheinhausen.

Auf 20 Schautafeln zeigt die Ausstellung die Aufgaben und Arbeitsweise des Parlaments und seiner Mitglieder. Auf zwei Computerterminals können die Besucher Filme und multimediale Anwendungen anschauen. Zum Nachlesen gibt es kostenloses Informationsmaterial und für alle offenen Fragen stehen Ansprechpartner des Bundestages Rede und Antwort.

Ich möchte die Ausstellung nicht nur eröffnen, sondern auch das Gespräch mit den Besuchern finden. Deshalb habe ich alle weiterführenden Schulen meines Wahlkreises eingeladen und werde versuchen, möglichst oft selbst vor Ort zu sein. Die Menschen fühlen sich von uns Abgeordneten nur gut vertreten, wenn wir unser Handeln nachvollziehbar machen. Diese Ausstellung macht den Bundestag vor Ort erlebbar.

Die Wanderausstellung des Deutschen Bundestages steht im Foyer der Bezirksbibliothek und kann zu den Öffnungszeiten (Dienstag – Freitag 10-13 und 14-19 Uhr sowie Samstag 10-13 Uhr) besucht werden. Termine außerhalb der Öffnungszeiten können vereinbart werden.



Mit der Wanderausstellung unterstützt der Bundestag bereits seit 1990 den Dialog zwischen Abgeordneten und Bürgern

Kürzungen treffen Duisburg hart

Die Kürzung des Bundesprogramms "Soziale Stadt" wird harte Auswirkungen auf Duisburg haben. Die Bundesregierung hat das Programm von 95 Millionen Euro auf 28,5 Millionen Euro gekürzt. Der Antrag meiner SPD-Bundestagsfraktion zur Rücknahme der Kürzungen wurde von Union und FDP abgelehnt. Zusammen mit meinem SPD-Kollegen Hans Pflug rufe ich dazu auf, HIER die öffentliche Petition "Bauwesen -Keine Kürzung der Mittel für Städtebauförderung" zu unterzeichnen.

Für Duisburger Stadtteile wie Hochfeld ist die Fortführung der Sozialen Stadt gefährdet, Stadtteilen wie Laar Hochemmerich werden die Perspektiven geraubt. Die Kürzung des Programms und seine Beschränkung auf Baumaßnahmen ist das faktische Aus für das Bund-Länder-Programm, das seit 1999 bauliche mit sozial-integrativen Maßnahmen verknüpft. Das ist ein Schlag ins Gesicht für all diejenigen, die sich in den vergangenen 10 Jahren in sozialschwachen Stadtteilen engagiert haben".

+++Auszug aus meinem Kalender+++

+++06.12.: Stammtisch der AG 60 plus der SPD Großenbaum/Rahm zur aktuellen Situation in der Gesundheitspolitik um 10 Uhr im Seniorenzentrum Großenbaum zu den Wiesen+++

+++06.12.: Eröffnung der Wanderausstellung des Deutschen Bundestages+++

+++09.12.: Weihnachtsbaumverkauf des "Verein gegen Kälte" am Friedrich-Wilhelm-

Platz in der Stadtmitte+++

+++13.-17.12.: Sitzungswoche im Bundestag+++

+++Weitere Termine unter www.baerbelbas.de+++



Neues am Ende





Bärbel, Beate und "die kleine Hexe" beim Vorlesetag in Bissingheim: Zusammen mit der SPD -Bezirksvertreterin Beate Lieske habe ich Kindern aus der Gemeinschaftsgrundschule Herman-Grothe-Straße im Rahmen des 7. Vorlesetages aus "Die kleine Hexe" von Otfried Preußler vorgelesen. Mir hat das Vorlesen viel Spaß gemacht. Ich würde mich freuen, wenn wir und die kleine Hexe bei den Kindern auch ein wenig Lust am Lesen wecken konnten.

Neues aus meinem Tagebuch

Bronze für Bas: Unsere Arbeitsgruppe Gesundheit hat nachgezählt und aktuell liege ich mit 28 Minuten auf Platz 3 der SPD-Rednerliste im Bundestag. Mehr wird schwer. Vor mir liegt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Elke Ferner mit 69 und vorn unangefochten Karl Lauterbach mit 113 Minuten. Fürs erste Jahr bin ich zufrieden, mal sehen wie 2011 wird.

Als Abgeordnete bekomme ich täglich ungefähr 1000 Einladungen und alle kommen irgendwie an. Nur von der Google-Street-View-Einladung habe ich erst erfahren, als ein netter Google-

Mitarbeiter telefonisch darauf hinwies und erklärte: "Wir hatten Probleme mit unserem Adresssystem; deshalb kam die Post nicht bei Ihnen an." Da hat wohl jemand den Bundestag verpixelt.

Ein interessantes Interview hatte ich vergangene Woche mit WDR5. Zum Thementag "Lobbyismus" hatte der WDR einige Abgeordnete aus NRW interviewt und ich konnte den Redakteur mit dem Hinweis auf die Rubrik "Lobby-Gespräche" auf meiner Homepage tatsächlich noch ein wenig überraschen. Hier finden Sie den Link zur vertonten Bildgalerie des WDR.

Kontaktpflege?

Die Enthüllungen der Internet-Plattform Wikileaks waren auch im Bundestag ein Gesprächsthema. Die Aussagen über die Bundesregierung fanden die meisten eher unterhaltsam und weniger aufregend: Merkel ist wenig kreativ und Westerwelle substanzlos? Das wussten wir schon vorher.

Trotz aller Transparenz muss aber in der Politik ein Kern von Vertraulichkeit möglich sein. Bundesminister Dirk Niebel sieht das wohl anders. Zur Rolle des Büroleiters von Guido Westerwelle als Maulwurf in den Koalitionsverhandlungen hat Niebel dem ZDF gesagt: Der Mann habe nur seine "Stellenbeschreibung" wahrgenommen und internationale Kontakte gepflegt. Interessant!



Bis nächstes Mal, ich freu mich drauf, Bärbel Bas

Impressum

V.i.S.d.P.: Bärbel Bas
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 / 227 75607
Fax: 030 / 227 76607
Baerbel.bas@bundestag.de
www.baerbelbas.de